

VIELFÄLTIG, BODENSTÄNDIG, BÜRGERNAH.

MODERNE BÜRGERPARTEI
AUF SICHEREM FUNDAMENT

Leitantrag für den Landesparteitag

Projektgruppe Zukunftswerkstatt | Stand 18.Juni 2012



ZUKUNFTSWERKSTATT: EIN PROJEKT DER GANZEN PARTEI

Zu Beginn des Jahres 2012 hat die CDU Baden-Württemberg das Projekt Zukunftswerkstatt gestartet. Seither ist in vielen unserer Kreis- und Ortsverbände sowie in den Gliederungen der Partei ein reger Diskussionsprozess über die Neu-Ausrichtung der CDU Baden-Württemberg in Gang gekommen.

Der 61. Landesparteitag am 23. Juli 2011 in Ludwigsburg hatte den Landesvorstand beauftragt, „einen strukturierten Diskussionsprozess über die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der Partei in Gang zu setzen. Alle Mitglieder sollen die Möglichkeit haben, sich an diesem Diskussionsprozess zu beteiligen. Die in diesem Diskussionsprozess erarbeiteten Ideen und Vorschläge sind dem Landesparteitag in geeigneter Form zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen“.

Der Landesvorstand hat deshalb eine Projektgruppe „Zukunftswerkstatt“ eingesetzt und diese beauftragt, den Prozess zu initiieren, zu begleiten und dem Landesparteitag im Juli 2012 einen Zukunftsentwurf vorzulegen. Als Ergebnis einer ersten Phase des Diskussionsprozesses sind ca. 50 Stellungnahmen eingegangen, die alle im Internet veröffentlicht werden. Aus den Ideen und Forderungen dieser Ausarbeitungen heraus ist das vorliegende Papier entstanden.

Dieser Zukunftsentwurf soll im Vorfeld des Landesparteitags am 21. Juli 2012 einen Monat lang in der Partei beraten werden. Die Projektgruppe bittet deshalb um eine intensive Auseinandersetzung und um Änderungs- und Ergänzungsvorschläge für den Landesparteitag. Die Zukunftswerkstatt lebt vom Mitmachen.

Letztlich kann der eingeschlagene Erneuerungsprozess nur dann erfolgreich sein, wenn wir die politischen Grundentscheidungen dieses Zukunftsentwurfs auch verkörpern und glaubwürdig leben. Denn die CDU hat in der Vergangenheit auch Fehler gemacht.

Die nachfolgende Ausarbeitung gibt Antworten auf sechs zentrale Fragen, die für die Ausrichtung der CDU Baden-Württemberg von entscheidender Bedeutung sind.

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Wie stellen wir uns die CDU vor? -	
	Ansprüche stellen wir zunächst an uns selbst!	4
II.	Wo kommen wir her? -	
	Christliches Menschenbild und soziale Marktwirtschaft.	6
III.	Wo wollen wir hin?	
	10 Leitbilder für unser Land	9
	Leitbild 1: Menschenwürde verwirklichen.....	9
	Leitbild 2: Gleichstellung von Frau und Mann	9
	Leitbild 3: Familie möglich machen	10
	Leitbild 4: Mittelschicht und Mittelstand stärken, sozialen Aufstieg fördern.....	11
	Leitbild 5: Für Qualitatives Wachstum: Dem Fortschritt eine Richtung geben.....	12
	Leitbild 6: beste Bildungschancen für jedes Kind.....	13
	Leitbild 7: Integration stärken: Bereicherung für uns alle	13
	Leitbild 8: Verantwortung für die innere und äussere Sicherheit	14
	Leitbild 9: Wir wollen die staatliche Eigenständigkeit Baden-Württembergs stärken	14
	Leitbild 10: Wir bauen mit am europäischen Haus	15
IV.	Was ist uns dabei wichtig?	
	Vertrauen schaffen - offen, transparent und ausgleichend wirken	16
V.	Was müssen wir dafür tun?	
	Engagement, Beteiligung und Mitarbeit in der Volkspartei CDU	18
VI.	Was bleibt offen? Die Zukunftswerkstatt geht weiter	22

1 I. WIE STELLEN WIR UNS DIE CDU VOR? - ANSPRÜCHE 2 STELLEN WIR ZUNÄCHST AN UNS SELBST!

3 **Wir hören zu.** Wir sind Mitglieder der CDU, weil wir unserem Land und unseren Mitbürgerinnen
4 und Mitbürgern dienen wollen. Dienen heißt für uns, dass wir keine vorgefertigten Antworten über-
5 stülpen, sondern zuallererst, dass wir den Menschen zuhören, ihre Fragen und Anliegen ernst neh-
6 men und gemeinsam mit ihnen an einer guten Zukunft für unser Gemeinwesen arbeiten. Politik be-
7 ginnt für uns mit dem Betrachten der Wirklichkeit.

8 Die Zukunftswerkstatt ist ein Beispiel dafür, wie wir unsere Arbeit insgesamt verstehen: Wir sind eine
9 Partei, die offene Kommunikationsprozesse gestaltet.

10 **Volkspartei CDU.** Wir stehen mitten im Leben und kommen aus allen Generationen, Schichten
11 und Gruppen unserer Gesellschaft. Ein Klassen-, Interessen und Klienteldenken lehnen wir ab. Wir
12 unterscheiden nicht nach Alter, Geschlecht, Herkunft, Kultur, Religion oder sexueller Orientierung.
13 Wir fragen nicht: „Woher kommst Du?“, sondern: „Willst Du mitmachen?“. Wir grenzen nicht aus.
14 Jeder ist willkommen und hat ein Recht auf eine Aufgabe.

15 Die CDU ist die große Volkspartei in Baden-Württemberg. Die CDU hat ein starkes Bewusstsein und
16 einen Sinn dafür, die Sorgen und Nöte der Menschen im Land zu kennen und die Werte dieses Landes
17 zu verkörpern. Diese Grundwerte entsprechen den tiefen kulturellen Bindungen der großen Mehrheit
18 der Bürgerinnen und Bürger im Land. So war es auch bei der Volksabstimmung zur Kündigung des
19 Bahnprojekts Stuttgart-Ulm: Wir haben daraus eine Abstimmung für das Zukunftsprojekt gemacht.

20 Bei der letzten Landtagswahl 2011 hat die CDU 39 Prozent der Stimmen erhalten. Sie ist damit weit-
21 aus stärkste Partei im Landtag und in 60 von 70 Wahlkreisen direkt gewählt. Es gilt, diesen Wähler-
22 auftrag zu vertreten, dieses Votum zu sichern und die Wählerbasis zu vergrößern.

23 Unser Ziel ist es, wieder eine regierungsfähige Mehrheit erringen zu können. Dazu gehört auch, dass
24 wir die Rolle annehmen und ausfüllen, die uns infolge der letzten Landtagswahl zuteil geworden ist.
25 Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger durch gute Arbeit überzeugen – und dadurch, dass wir ihnen
26 überzeugendere Antworten bieten als die anderen Parteien.

27 Grundsätzlich müssen alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig sein. Die CDU
28 muss aber so stark werden, dass nach den nächsten Wahlen in Bund und Land nicht ohne sie regiert
29 werden kann.

30 **Wertepartei statt Ideologepartei.** Wir treten für unsere Überzeugungen ein und werben für sie.
31 Was wir aber ablehnen, sind Bevormundung und Zwangsbeglückung. Wir wollen niemandem etwas
32 „überstülpen“ und maßen uns auch nicht an, zu wissen, was das „bessere Leben ist“. Denn zu unseren
33 Werten gehören Toleranz, Einsicht in die eigene Unvollkommenheit und die Bereitschaft, selbst im-
34 mer neu dazulernen. Wir wollen nicht umerziehen; moralische Überheblichkeit lehnen wir ab. Das
35 unterscheidet uns von linken und rechten Ideologen.

36 Unsere Werte sind die Basis für den Erneuerungsprozess der Partei. Sie sind für uns Richtschnur beim
37 Ringen um Antworten auf wichtige Zukunftsfragen.

38 Werte sind für uns nicht eine Moralkeule, die sich gegen jemanden richtet. Unsere Werte sind Fix-
39 und Orientierungspunkte für unser eigenes politisches Handeln.

40 Wir wollen eine große und lebendige Partei bleiben. Strukturen genauso wie angestammte Positio-
41 nen müssen immer wieder auf den Prüfstand. Deshalb brauchen wir mehr Diskussionen in der Sache.
42 Und diese müssen wir parteiintern auch aushalten. Diskussionen helfen uns in der Öffentlichkeit,
43 wenn sie sachlich, basisnah, menschlich anständig, ergebnisoffen und zielorientiert geführt werden.

44 ***Nachhaltige Zukunftssicherung.*** Wir mischen uns in die öffentlichen Angelegenheiten ein und ge-
45 stalten Zukunftsfragen mit. Uns kommt es darauf an, nicht stehen zu bleiben, sondern weiter zu den-
46 ken. Wir wollen die Lebensverhältnisse bei uns und in der Welt weiter verbessern, wobei zur Verbes-
47 serung auch die Fähigkeit zur Selbstbeschränkung gehört.

48 Die CDU hat mit dafür gesorgt, dass Baden-Württemberg den Prozess der Globalisierung ökonomisch
49 glänzend bestehen konnte. Weniger als 4% Arbeitslose und über 4 % Wachstum im Jahr 2011 spre-
50 chen dafür, dass die entscheidenden politischen Weichenstellungen richtig waren. Die CDU hat Ba-
51 den-Württemberg an die Spitze der Länder in Deutschland und Europa geführt.

52 Durch eine Politik für Innovation, Bildung und einen starken Mittelstand gehört Baden-Württemberg
53 zu den „am besten regierten Ländern Europas“, urteilte die NZZ im März 2011.

54 Uns geht es darum, nachhaltige Zukunftssicherung zu betreiben. Unsere Partei ist nicht nur auf die
55 aktuelle Tagespolitik ausgerichtet. Unser Anspruch besteht darin, politische Perspektiven für die
56 nächsten 20 und 30 Jahre zu verkörpern.

57 ***Den Gesellschaftlichen Wandel gestalten.*** Wir erleben derzeit viele Umbrüche im sozialen und ge-
58 ellschaftspolitischen Bereich. Die Veränderungen von Familienstrukturen und die Belastungen, mit
59 denen Familien heute zu kämpfen haben, Umwälzungen in der Arbeitswelt und gleichzeitig eine Viel-
60 falt an Möglichkeiten zur Lebensgestaltung wie nie zuvor stellen uns vor neue Herausforderungen.

61 Wir sehen aber auch die Sehnsüchte der Menschen nach einem Anker, nach Halt und Geborgenheit.
62 Wir sehen den Wunsch, Werte wie Sicherheit, Leistung und Familie zeitgemäß zu interpretieren (so
63 die Sinus-Studie 2010).

64 In diesen Prozess, der eine echte Erneuerung der Gesellschaft bedeuten kann und deshalb eine große
65 Chance ist, können und wollen wir uns in besonderem Maße einbringen und die gesellschaftliche
66 Diskussion offen und mutig, selbstbewusst und überzeugungsstark führen. Denn Sicherheit und Leis-
67 tung sind die Voraussetzungen für Wohlstand, Familie ist weder altmodisch, noch überholt.

68 Wir verstehen uns dabei insbesondere als Anwalt der „kleinen Leute“. Sie tragen in vielfältiger Weise
69 unsere Gesellschaft.

70 Wir kämpfen gegen soziale Deklassierung von Menschen, Gruppen oder Schichten. Wir brauchen
71 jede und jeden, alle sind gleich wertvoll. Wir kümmern uns besonders um diejenigen, die keine Arbeit
72 finden können.

73 **Alles Uniforme ist nicht CDU.** Wir freuen uns, wenn Menschen ihre unterschiedlichen Begabungen
74 und Talente möglichst breit entfalten. Für uns bleibt Baden-Württemberg das Land der Talente. Alles
75 Uniforme lehnen wir ab. Vielfalt gefällt uns. Wir wollen, dass alle ihr Leben in Freiheit und Eigenver-
76 antwortung gestalten und damit ihren eigenen Lebensentwurf verwirklichen können.

77 **Ansprüche stellen wir zuerst an uns selbst.** Ansprüche stellen wir zuerst an uns selbst, nicht an den
78 Staat. Wir bekennen uns klar zum Grundprinzip der Eigenverantwortung. Niemandem darf Unzumut-
79 bares zugemutet werden. Aber jeder muss sich anstrengen. Leistung muss sich lohnen. Deshalb sind
80 für uns gleiche Möglichkeiten und beste Chancen so entscheidend. Wer nicht so viel Leistung bringen
81 kann, den dürfen wir nicht fallen lassen. Bei uns werden die Starken nicht behindert und die Schwä-
82 cheren aufgefangen und gefördert.

83 **Zusammenhalt unseres Gemeinwesens stärken.** Den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens halten
84 wir für eine unabdingbare Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung. In einer Zweiklassen-
85 Gesellschaft wollen wir nicht leben; eine Spaltung unserer Gesellschaft und unseres Landes lehnen
86 wir ebenso ab wie Parallelgesellschaften. Wir wollen wichtige Strömungen in der Gesellschaft im Dia-
87 log zusammenführen. Deshalb sind wir auch aktiv in vielen Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen.
88 Wir hören zu, um die Aufmerksamkeit auf das zu lenken, was unsere Gesellschaft bewegt und was die
89 Menschen brauchen. Wir sind achtsam im Umgang mit unseren Mitmenschen und verschaffen denen
90 Gehör, die selbst keine Stimme haben.

91 **Klare Verhaltensregeln: Bürgernähe und Bodenständigkeit.** Wir wollen eine klare Orientierung in
92 Stilfragen. Wie andere Organisationen und Unternehmen orientieren wir uns an einem Verhaltens-
93 kodex. Der politische Streit muss respektvoll geführt werden, ohne Andere in ihrer Würde oder ihrem
94 Ansehen zu verletzen. Wir vertrauen auf die Kraft der Argumente und stehen für eine offene Ge-
95 sprächskultur, Anstand, Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Verlässlichkeit und Standhaftigkeit gehören da-
96 zu. Unsere Sprache muss jederzeit verständlich sein. Wir heben nicht ab, sondern bleiben auf dem
97 Boden.

98 **II. WO KOMMEN WIR HER? - CHRISTLICHES MENSCHENBILD** 99 **UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT.**

100 **Starke Wurzeln, klare Werte.** Die Christlich Demokratische Union hat tiefe Wurzeln und starke
101 Fundamente. Sie geben uns Orientierung, Halt und Sicherheit in einer sich schnell wandelnden Welt.

102 Unsere CDU ist auch in den Gefängniszellen der Nazis entstanden. Sie ist ein Gegenentwurf zu der
103 nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur. Deshalb sind für uns Freiheit, Verantwor-
104 tung und ein gesicherter Friede nach innen und nach außen so wichtig. Unsere Gründerväter und –
105 mütter wollten ein neues, friedliches, menschliches Deutschland und Europa erschaffen, das ein men-
106 schenwürdiges Leben ermöglicht.

107 Dies bleiben unsere Grundlagen, auch in der Zukunft:

- 108 • Demokratie statt Diktatur und Bevormundung,
- 109 • Rechtsstaatlichkeit statt Willkür,

- 110 • Subsidiarität statt Zentralismus,
- 111 • Demut und Bescheidenheit statt Allmachtsphantasien und Machbarkeitswahn,
- 112 • Achtung der Schöpfung statt leichtfertiger Verschwendung von Ressourcen.

113 **Das christliche Menschenbild ist unser ethisches Fundament.** Unsere stärkste Wurzel ist das christ-
114 liche Menschenbild. Es lehrt uns, dass jeder Mensch einzigartig ist und eine unveräußerliche persona-
115 le Würde besitzt; dass er frei ist und seine Freiheit in Verantwortung gebrauchen muss. Es lehrt uns
116 die Gebote der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe und auch die Toleranz gegenüber anderen Reli-
117 gionen oder Weltanschauungen. Hinzu treten die Prinzipien der Christlichen Gesellschaftslehre Sub-
118 sidiarität und Solidarität. Diese Werte sind zeitlos.

119 Wir alle sehen gegenwärtig einen neuen Schub der Säkularisierung und der Entfernung von christli-
120 chen Werten. Manche Partei fährt bewusst einen Kurs der Abgrenzung zu Religion und Christentum.
121 Selbst einzelne CDU-Landesverbände definieren sich als nur noch „religionsfreundlich“. Dies lehnen
122 wir in und für Baden-Württemberg strikt ab.

123 Für uns, die CDU Baden-Württemberg, sind die christlichen Werte der rote Faden und die Richt-
124 schnur. Aus ihm folgen auch unsere Leitbilder, die wir in Kapitel III formuliert haben.

125 Der Mensch ist ein Geschöpf Gottes. Für uns ist die Rückbindung an Gott der Garant und die Grund-
126 lage von Menschenwürde und Freiheit. Wenn Gott gestrichen wird, bleibt sein Platz nicht leer. Wenn
127 der Mensch sich selbst zur obersten Bezugsgröße macht, ist er den offenen und verborgenen Manipu-
128 lationen ausgesetzt. Die Gründung der CDU war eine Konsequenz aus dieser Erfahrung.

129 Als christlich-demokratische Partei sind wir aber weder eine Partei der Kirchen noch allein der Chris-
130 ten. Wir schließen die Anhänger anderer Glaubensgemeinschaften oder Atheisten nicht aus, sondern
131 laden sie im Gegenteil ein, sich zu beteiligen. Wir sind offen für Menschen, die nicht an Gott glauben,
132 aber unsere Wertvorstellungen teilen. Wir sind tolerant gegenüber allen Andersdenkenden, lehnen
133 aber Beliebigkeit ab. Toleranz können wir üben, wenn wir um unsere eigenen Werte und ihre Stärken
134 wissen. Wir wollen den Dialog und Austausch mit anderen Religionen vertiefen.

135 Nach christlicher Überzeugung hat Gott uns Verstand gegeben, damit wir ihn gebrauchen. Deshalb
136 sind wir misstrauisch gegen alle Arten von Heilslehren und „einfachen Wahrheiten“ und lehnen jeden
137 Absolutheitsanspruch ab.

138 Die CDU muss eine Identität in sich selbst besitzen. Gäbe sie ihre Unverwechselbarkeit auf, wäre sie
139 austauschbar und ersetzbar. Wir wollen unsere Identität nicht von anderswo ausleihen oder uns an-
140 deren Strömungen anpassen. Ein schwankendes Rohr im Wind wird vom ersten Sturm geknickt.

141 Wir wollen bewusst eine Haltung der Zuversicht und des Mutes gegen die Ideologie der Angst, Be-
142 vormundung und Verbote setzen. Wir prüfen neue Ideen und akzeptieren bessere Angebote, wenn
143 wir eine Verbesserung des Zusammenlebens und des Zusammenhalts der Gesellschaft erkennen.

144 **Experten der sozialen Marktwirtschaft.** Die Soziale Marktwirtschaft ist für uns ein grundlegendes
145 Konzept, das aus dem christlichen Menschenbild folgt. Wettbewerb und Leistung schaffen Innovation

146 und Fortschritt. Diese Prinzipien müssen ergänzt werden um gleiche Rahmen- und Startbedingungen
147 und sozialen Ausgleich.

148 Die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft hat Deutschland und Baden-Württemberg in
149 vielen Jahrzehnten Freiheit ermöglicht und Wohlstand gebracht. Sie erfährt weltweit immer mehr
150 Bewunderung und Nachahmung als dritter Weg zwischen Autoritarismus, ob als Sozialismus oder in
151 anderer Form, auf der einen und radikalem Kapitalismus auf der anderen Seite. Wir bejahen die Soziale
152 Marktwirtschaft als ethisches Konzept, als Werteordnung der Freiheit, als Konzept, das Maß und
153 Mitte einhält.

154 Die Soziale Marktwirtschaft verbindet das Prinzip freier Märkte mit sozialem Ausgleich. Sie ist für die
155 Menschen da und bietet ihnen Chancen auf Bildung, Erfüllung, Wohlstand und Solidarität. Weder
156 Staat noch Markt sind Zweck an sich, ihnen kommt eine dienende Funktion zu.

157 In der Sozialen Marktwirtschaft setzen wir auf selbstbewusste Bürger, die ihr Leben lieber in die ei-
158 gene Hand nehmen und nicht ruhiggestellte Untertanen in bequemer Abhängigkeit vom Staat sein
159 wollen. Deshalb treten wir für Eigenverantwortung ein und haben Zutrauen in die Mündigkeit freier
160 Bürger: Wir setzen auf Soziale Marktwirtschaft als Werteordnung, die die Rechte des Einzelnen
161 schützt, ihn aber auch in die Pflicht nimmt. Zu Freiheit gehört Freiraum: Wo Gesetze und Regelungen
162 nicht zwingend notwendig sind, müssen sie unterbleiben. Wir setzen auf Anreize, nicht auf Vorschrif-
163 ten.

164 Der Markt ermuntert private Initiative und bringt so für die Gesellschaft mehr Wohlstand hervor, als
165 es durch staatliches Handeln möglich wäre. Voraussetzungen hierfür sind Leistungsgerechtigkeit und
166 fairer Wettbewerb als effektivstes Innovations- und Wachstumsprogramm sowie als Instrument zur
167 Beschränkung von Macht und zur Sicherung von Freiheit. Ordnungspolitik, also klare Grundsätze zum
168 Erhalt der auf Wettbewerb, Freiheit und Verantwortung basierenden marktwirtschaftlichen Wirt-
169 schaftsordnung schaftt Vertrauen, Rechtssicherheit und ist Garant für Stabilität und Generationen-
170 gerechtigkeit.

171 Transparenz ist eine zwingende Voraussetzung für eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft, für
172 fairen wirtschaftlichen Wettbewerb, für Nachhaltigkeit von öffentlichen Haushalten und in sozialen
173 Sicherungssystemen. Klare Regeln für alle sind eine andere Prämisse: Wer den Nutzen hat, muss auch
174 möglichen Schaden tragen. Rendite und Risiko, Gewinn und Haftung gehören zusammen. Gewinne
175 zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, hat mit Marktwirtschaft und fairem Wettbewerb nichts
176 zu tun.

177 Gerade Menschen in Not müssen auf die Solidarität der Gemeinschaft bauen können. Alle an Einzel-
178 ne erfolgenden Transferleistungen, die nicht auf individueller Leistung beruhen, sind grundsätzlich
179 darauf auszurichten, einen situativen Charakter der Hilfe in Notlagen und damit Anreize zu ihrer Be-
180 endigung aufzuweisen. Abhängigkeiten müssen erschwert, Selbsthilfekräfte gestärkt werden.

181 **III. WO WOLLEN WIR HIN?**
182 **10 LEITBILDER FÜR UNSER LAND**

183 Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ihre Lebensträume verwirklichen kön-
184 nen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen füreinander da sind. So wurde unser Land
185 groß und stark. Wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, um diesen Weg, den baden-
186 württembergischen Weg, auch in Zukunft möglich zu machen.

187 **LEITBILD 1: MENSCHENWÜRDE VERWIRKLICHEN**

188 *Die Menschenwürde als Maxime.* Die oberste Maxime ist für uns der erste Artikel des Grundgeset-
189 zes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Menschenwürde darf nicht zum Spielball von Inte-
190 ressen und Macht werden. Sie ist auch durch Mehrheitsmeinung für uns nicht verhandelbar. Auch
191 und gerade in der modernen Welt mit ihren vielfältigen Facetten ist die Wahrung der Würde des
192 Menschen die größte aller Herausforderungen, sei es in der Gesellschaft, in der Wirtschaft oder der
193 Technik.

194 Wir wollen eine menschenwürdige Gesellschaft gestalten. Die Würde des Menschen gilt für alle, für
195 ungeborenes Leben, für behinderte, kranke und alte Menschen. Es gibt keinen einzigen „unwürdigen“
196 Menschen. Jedes Individuum verdient Respekt. Diejenigen, die ganz oder teilweise nicht für sich
197 selbst sorgen können, nehmen wir in die Mitte unserer Gesellschaft.

198 In „Würde“ alt zu werden ist der sehnlichste Wunsch vieler Menschen. Wir wollen nicht, dass alte
199 Menschen abgestempelt oder abgeschoben werden. Wir wollen nicht, dass sie sich in die Ecke ge-
200 drängt fühlen, sich überflüssig oder gar störend vorkommen müssen. Aktive Sterbehilfe lehnen wir
201 ab.

202 Kinder brauchen unsere Hingabe und Liebe. In immer weniger Haushalten leben Kinder (2010: ca. 30
203 Prozent der Haushalte; 1972: ca. 60 Prozent der Haushalte in Baden-Württemberg). Dies hat unsere
204 Gesellschaft stark verändert. Wir wollen mit möglichst vielen Kindern leben. Es ist für uns zentral,
205 ihnen die Grundlagen für eine gute Zukunft zu vermitteln.

206 Die Würde am Arbeitsplatz muss gewahrt sein. Leih- und Zeitarbeit sind Instrumente, um auf Auf-
207 tragsschwankungen flexibel reagieren zu können. Gerade deshalb aber verdient derjenige, der Flexi-
208 bilität einbringt, auf Dauer den gleichen Lohn wie sein festangestellter Kollege. Wer täglich seine
209 Arbeit tut, muss gerecht behandelt werden.

210 Wir treten für einen aktiven Sonn- und Feiertagsschutz ein. Auch Feiertage, die nicht arbeitsfrei sind
211 wie der Buß- und Betttag, müssen ihren besonderen Stellenwert behalten.

212 **LEITBILD 2: GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN**

213 Wir wollen mit und für Frauen Politik machen. Die CDU setzt sich uneingeschränkt für die Gleichstel-
214 lung von Frau und Mann ein. Deshalb wollen wir zur nächsten Kommunalwahl Frauen und Männer
215 möglichst in gleicher Anzahl aufstellen.

216 Der Anteil von Frauen in den Volksvertretungen muss erhöht werden. Hierfür sind aber diejenigen in
217 der Verantwortung, die Kandidaten aufstellen, also die Parteien und die Wählerinnen- und Wähler-
218 Gemeinschaften. Wir ermutigen Frauen, für ein Amt oder ein Mandat zu kandidieren.

219 Noch immer verdienen Frauen für die gleiche Arbeit häufig weniger als Männer. Dies ist für uns nicht
220 hinnehmbar. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf. Die Tarifparteien sind aufgefordert, schnelle
221 und wirksame Lösungen vorzulegen.

222 Frauen haben, zumal wenn sie Kinder haben, heute oft schlechtere Karrierechancen. Wir wollen dafür
223 kämpfen, dies zu überwinden. In immer mehr Familien mit Kindern wollen beide Partner Karriere
224 machen (Dual Career). Hierfür müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden. Genauso
225 wollen wir mehr Frauen in Führungsfunktionen.

226 **LEITBILD 3: FAMILIE MÖGLICH MACHEN**

227 Die Menschen in ihren Familien und Lebensgemeinschaften stehen für uns im Mittelpunkt unseres
228 Handelns. Familie ist zu schade für ideologische Betrachtungen und Experimente. Wir suchen Lösun-
229 gen, damit die familiären Lebensentwürfe in ihrer Vielfalt möglich werden.

230 Familie ist keine heile Welt. Doch Familie und Partnerschaft schaffen Nähe und erzeugen Geborgen-
231 heit. In den meisten Familien wird etwas gelebt, was kein Staat leisten kann: In Liebe und Zuneigung
232 entstehen Bindungen; auf die wir uns verlassen können. Die Eltern sind für die Kinder verantwortlich,
233 und später auch die Kinder für die Eltern. Deshalb müssen wir alles tun, um Familie möglich zu ma-
234 chen.

235 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter verbessert werden. Dies betrifft Frauen wie
236 Männer. In vielen Studiengängen sind heute mehr als die Hälfte der Studenten weiblich. Es wird zu
237 einer deutlichen Feminisierung vieler Berufszweige kommen.

238 Immer mehr Männer und Frauen nehmen heute das Thema Erziehung als ihre gemeinsame Aufgabe
239 an. Vielfach ist es nicht mehr „nur“ die Frau, die in der Elternphase Teilzeit arbeitet; auch sehr viele
240 Männer wollen Teilzeit arbeiten.

241 Wir müssen es schaffen, die Welt der Arbeit und die Welt der Familie wieder enger zusammenzubrin-
242 gen. Wir brauchen hier eine neue, zukunftsfähige Kultur für die Familie. Arbeitgeber müssen den Fa-
243 milien mehr entgegenkommen. Hierzu wollen wir einen intensiven Dialog mit der Wirtschaft ansto-
244 ßen.

245 Frauen und Männer müssen die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, wie sie ihren Weg in Familie
246 und Beruf gehen. Der Staat hat lediglich die Voraussetzungen für diese freie Entscheidung zu schaf-
247 fen. Die Familien dürfen dabei in keiner Weise vom Staat bevormundet werden. Dem Kind und den
248 Eltern gerecht werdende wohn- oder berufsnahe flexible Kinderbetreuungsangebote sind hier eine
249 Grundvoraussetzung.

250 Wir haben Respekt vor der Entscheidung von Frauen, sich für die Betreuung ihrer Kinder zu entschei-
251 den und diffamieren sie nicht als „Heimchen am Herd“. Die CDU unterstützt Frauen in dem schwieri-
252 gen Spagat zwischen dem Engagement für das Kind und dem Wunsch, beruflich tätig zu sein.

253 Genauso respektieren wir die Entscheidung von Frauen, die sich dafür entscheiden, weiter berufstätig
254 zu sein. Zur Realisierung dieser Entscheidung braucht es mehr Teilzeitmodelle, mehr flexible Arbeits-
255 zeitmodelle und einen ebenso umfassenden wie raschen Ausbau flexibler und bedarfsgerechter Kin-
256 derbetreuungsmöglichkeiten, die den jeweiligen, zum Teil sehr individuellen, Bedürfnissen der Fami-
257 lien gerecht werden. Auf diesen Bedarf müssen wir heute, und nicht erst morgen, reagieren. Ver-
258 schiedene Berufsgruppen (z.B. Ärztinnen und Ärzte, Schichtarbeiterinnen und -arbeiter) brauchen in
259 ihrer Umgebung eine Einrichtung, die zu jeder Tages- und Nachtzeit Betreuung anbietet.

260 Damit nicht im schulpflichtigen Alter des Kindes eine Betreuungslücke entsteht, muss insbesondere
261 die Betreuungssituation von Schulkindern verbessert werden. Hier brauchen wir verlässliche Be-
262 treuungsangebote auch bis in den späten Nachmittag hinein.

263 Das neue, seit 2008 geltende Unterhaltsrecht lässt Frauen mit Kindern oft im Regen stehen. Eine
264 Wahlfreiheit bei der Betreuung ist nicht gewährleistet. Der soziale Abstieg Alleinerziehender ist oft
265 vorprogrammiert. Deshalb muss die Dauer des Unterhaltsanspruchs zum Wohl kleiner Kinder verlän-
266 gert werden.

267 Familien mit vergleichsweise geringem Einkommen brauchen mehr Unterstützung. Deshalb darf das
268 Landeserziehungsgeld nicht abgeschafft werden. Gerade Familien mit geringem Einkommen, die kei-
269 ne Hartz IV-Bezüge erhalten, müssen besonders unterstützt werden. Wir dürfen nicht zuschauen, wie
270 Kinder zum Armutsrisiko werden.

271 **LEITBILD 4: MITTELSCHICHT UND MITTELSTAND STÄRKEN, SOZIALEN AUFSTIEG FÖRDERN**

272 Unser Land ist stark, weil wir eine starke Mittelschicht haben. In dieser sozialen Gruppe fühlen sich
273 viele bedroht. Insbesondere Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende und Migrantent-
274 Familien sind von sozialem Abstieg betroffen. Aktive Familienpolitik ist somit vor allem Politik für die
275 Mittelschicht.

276 Neben Hilfen für Familien brauchen wir den Aufbau von Weiterbildungsmöglichkeiten, um gebroche-
277 ne Biographien von vorne herein zu vermeiden. Im Bereich der Weiterbildung haben wir massiven
278 Nachholbedarf.

279 Wir brauchen eine Gesellschaft, in der der berufliche und soziale Aufstieg angeregt und gefördert
280 werden. Hierzu brauchen wir ein leistungsgerechtes Steuersystem. Wir brauchen auch eine „Zweite
281 Chance“ für alle jene, die gescheitert sind.

282 Jungen Leuten müssen wir einen besseren Einstieg ins Berufsleben ermöglichen. Wenn junge Leute
283 nach der Ausbildung und dem Studium keine feste Anstellung bekommen, fördert dies weder die
284 Motivation noch werden dadurch die jungen Fachkräfte in unserem Land gehalten. Die Gründung
285 einer Familie wird dadurch erschwert.

286 Wir sind das Land der Eigentümer. Wir wollen die Bildung von Wohneigentum fördern und treten für
287 eine breite Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ein. Für das Vermögen gerade auch der Mittel-
288 schicht muss es sichere Anlagemöglichkeiten für das Ersparte geben. Deshalb lehnen wir eine Ver-
289 mögensteuer ab. Gerade auch der Kleinsparer muss besonders geschützt werden. Deshalb dürfen
290 insbesondere kleine Banken soweit unsere Genossenschaftsbanken und Sparkassen nicht von Basel
291 III und anderen Regulierungen erschlagen werden.

292 Die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die oft Familienunternehmen sind, sind ein Grund-
293 pfeiler unseres Landes. Von diesen ist die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise nicht ausgegangen.
294 Sie stehen für verantwortetes Eigentum und persönliche Haftung, für Fleiß und Innovationskraft. Wir
295 müssen dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für diese Betriebe stimmen und dass neue Grün-
296 ndungen möglich sind. Insbesondere die immer erdrückender werdende Bürokratielast muss ihnen
297 genommen werden.

298 **LEITBILD 5: FÜR QUALITATIVES WACHSTUM: DEM FORTSCHRITT EINE RICHTUNG GEBEN**

299 Ohne Fortschritt und Wachstum sind die großen Herausforderungen unserer Zeit nicht zu schaffen.
300 Weder die Energiewende noch die demographische Entwicklung in Europa oder das Wachstum der
301 Weltbevölkerung wären menschenwürdig zu bewältigen. Deshalb dürfen wir nicht in eine
302 „Zufriedenheitsfalle“ hineinlaufen: Wir dürfen nicht meinen, alles könne so bleiben und es bedürfe
303 nicht weiterer gewaltiger Anstrengungen, um unseren Wohlstand zu sichern. Wir dürfen nicht träge
304 werden, bequem und zufrieden. In einer Welt des dynamischen Wandels und des globalen Wettbe-
305 werbs ist Stillstand Rückschritt.

306 Gleichzeitig sehen wir, dass ein „immer mehr, immer höher, schneller, weiter“ nicht zielführend ist.
307 Wir müssen Grenzen des Wachstums erkennen und zu Selbstbeschränkung fähig sein. Deshalb ist
308 innovatives Denken so wichtig, um neue Wachstumschancen zu erkennen und zu verwirklichen.

309 Dem Fortschritt wollen wir eine Richtung geben. Hierfür müssen wir Ziele vorgeben. Wir müssen
310 definieren, was wir erreichen wollen. Viele große Entwicklungen sind einem klar vorgegebenen Leit-
311 bild gefolgt.

312 Was sind unsere Zielvorstellungen für qualitatives Wachstum?

- 313 • Eine sichere, bezahlbare, sozial verträgliche, Ressourcen schonende Energieversorgung, die
314 beim Energie sparen beginnt, die möglichst dezentral aufgestellt ist. Für den vollständigen
315 Umstieg auf erneuerbare Energien brauchen wir sofort massive Forschungs- und Entwick-
316 lungsanstrengungen auf zwei Feldern: Speicherung von Energie sowie intelligente Netze
317 (Eberhard Umbach, Präsident KIT).
- 318 • Eine Bauweise, die das energieautarke Haus ermöglicht, klimaneutral ist und die den Abriss-
319 müll auf null setzt (Werner Sobek, Stuttgart).
- 320 • Eine bäuerliche Landwirtschaft, die gesunde, im Einklang mit der Natur produzierte Nah-
321 rungsmittel auf unseren Tisch bringt, die aber auch nicht unsere Verantwortung als klimatisch
322 begünstigte Zone für die Welternährung aus dem Auge verliert.

- 323 • Eine Kommunikationstechnologie, die viele Möglichkeiten und Freiheiten bringt, die aber
324 auch in eine neue, verantwortbare Kommunikationskultur eingebunden ist. Wir brauchen da-
325 für gerade jetzt eine unabhängige Presse.
- 326 • Eine Mobilitätsstrategie, die städtische und ländliche Räume sowie die verschiedenen Ver-
327 kehrsträger intelligent miteinander verbindet und vernetzt. Hierzu gehören ein leistungsfähig-
328 es Straßen- und Eisenbahnnetz und die Erforschung und Förderung moderner Antriebsfor-
329 men und Energiespeichermöglichkeiten.

330 Innovationen und Forschung sind in Baden-Württemberg zu Hause. Wir wollen damit unseren Beitrag
331 für ein qualitatives und zukunftsgerichtetes Wachstum und eine Wirtschaftsweise leisten, die die
332 Schöpfung achtet und damit Ökonomie und Ökologie versöhnt.

333 **LEITBILD 6: BESTE BILDUNGSCHANCEN FÜR JEDES KIND**

334 Wir stehen für ein Bildungssystem, das offen für alle ist und jeder und jedem entsprechend der jewei-
335 ligen Fähigkeiten und Begabungen die besten Bildungschancen gibt.

336 Diese eröffnen wir nicht, indem wir alle über denselben Kamm scheren, sondern indem wir individuel-
337 le Förderung und Betreuung ermöglichen. Die Einheitsschule wird dem nicht gerecht, die Vielfalt der
338 Bildungsangebote je nach Fähigkeiten und Begabungen muss gewährleistet sein. Anschlussausbil-
339 dung und Weiterqualifizierung müssen auf jeder Ebene angeboten werden, getreu dem Leitgedanken
340 „kein Abschluss ohne Anschluss“!

341 Wir fordern frühkindliche Bildung für alle Kinder. Singen-Bewegen-Sprechen ist ein guter Ansatz.

342 Wir wollen ein durchlässiges Bildungssystem. Gerade für Baden-Württemberg ist ein eigenständiger
343 Bildungsgang Hauptschule neben den eigenständigen Bildungsgängen Realschule und Gymnasium
344 notwendig, damit die Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen Begabungspotentialen
345 bestmöglich gefördert werden können. Gleichzeitig setzen wir uns für die hohe Qualität der beste-
346 henden Abschlüsse ein.

347 Wir wollen unser weltweit einmaliges berufliches Schulwesen und unsere duale Ausbildung weiter
348 voranbringen. Sie ist das Rückgrat unseres Landes.

349 Wir kämpfen für eine gute schulische Versorgung des ländlichen Raums.

350 Die CDU hat in Baden-Württemberg die besten Hochschulen mithin in Europa geschaffen. Wir setzen
351 auf Qualität und Vielfalt unserer Hochschullandschaft. Der Zugang muss für alle möglich sein, die die
352 Voraussetzungen hierfür erfüllen.

353 **LEITBILD 7: INTEGRATION STÄRKEN: BEREICHERUNG FÜR UNS ALLE**

354 In Baden-Württemberg leben viele Menschen aus anderen Kulturkreisen und Ländern. Sie sind für
355 unser Land eine Bereicherung und sie helfen mit, den Wohlstand zu sichern. In weiten Teilen Baden-
356 Württembergs hat rund die Hälfte des jüngeren Teils der Bevölkerung einen Migrationshintergrund.

357 Aufgrund der internationalen Position unseres Landes werden auch in Zukunft Menschen zu uns ein-
358 wandern. Eine ungesteuerte Zuwanderung lehnen wir ab. Neben menschlichen Aspekten müssen
359 insbesondere Kriterien der beruflichen Qualifikation und Sprachkenntnisse eine Rolle spielen. Wir
360 sind offen für Vielfalt. Aber wer bei uns leben will, muss unsere Verfassung respektieren und unsere
361 Gesetze achten und unsere Sprache lernen.

362 Die Basis für unser Zusammenleben ist unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Integration
363 verlangt nicht Unterordnung unter ein kulturelles Hegemoniestreben, sondern Bejahung der grund-
364 legenden Regeln einer Gesellschaft.

365 Muslimen, die hier leben, gehören zu Baden-Württemberg. Wir wollen als CDU einen intensiven Dialog
366 mit den muslimischen Glaubensgemeinschaften führen. Dabei wollen wir das Verbindende heraus-
367 stellen.

368 Menschen gerade mit Migrationshintergrund haben oft viele Identitäten. Für viele der Migranten, die
369 in Baden-Württemberg und Deutschland leben, ist das auch „ihr Land“. Hier ist Integration geglückt.
370 Mit ihnen teilen die hier Geborenen eine gemeinsame Identität.

371 Wir stehen für eine Kultur der Offenheit und ermutigen unsere Vereine zu einer aktiven Integrations-
372 arbeit. Rein ethnischen Vereinen stehen wir skeptisch gegenüber. Wir bieten stattdessen eine Kultur
373 des vorurteilsfreien Gesprächs und der Teilhabe an. Wir wollen eine Mitmachkultur. Der Erwerb der
374 deutschen Sprache sollte für jedes Kind, das bei uns aufwächst, selbstverständlich sein. Sprachförde-
375 rung muss so früh als irgend möglich – für alle Kinder - wirkungsvoll ansetzen.

376 **LEITBILD 8: VERANTWORTUNG FÜR DIE INNERE UND ÄUSSERE SICHERHEIT**

377 Die Gewährleistung der inneren Sicherheit und Ordnung ist eine der wichtigsten Aufgabe des Staa-
378 tes. Wir stehen für eine leistungsfähige Polizei, die in jedem Kreis mit einer Polizeidirektion präsent
379 ist.

380 Wir brauchen endlich eine wirksame Regelung für die Vorratsdatenspeicherung. Den Zuzug von Kri-
381 minellen nach Deutschland dürfen wir nicht dulden; straffällig gewordene Ausländer ohne gesicher-
382 ten Aufenthaltsstatus müssen abgeschoben werden.

383 Wir anerkennen die Leistungen unserer Soldatinnen und Soldaten bei ihrem Dienst im Inland und im
384 Auslandseinsatz. Wir unterstützen die Reservistinnen und Reservisten in ihrem Engagement für einen
385 leistungsfähigen Heimat- und Katastrophenschutz. Gemeinsam mit Feuerwehren, THW und den
386 Hilfsdiensten sollten sie Bestandteil einer Heimatschutzstrategie im Not- und Katastrophenschutz
387 werden.

388 **LEITBILD 9: WIR WOLLEN DIE STAATLICHE EIGENSTÄNDIGKEIT BADEN-WÜRTTEMBERGS** 389 **STÄRKEN**

390 Baden-Württemberg ist ein starkes Land in Deutschland und Europa. Wir wollen diese Stellung des
391 Landes erhalten und ausbauen, unsere eigenen Angelegenheiten selbst regeln und somit die Sub-
392 stanz der Demokratie in unserem Land festigen.

393 Nur was nicht in unseren Kommunen und im Land selbst erledigt werden kann, darf in die Kompetenz
394 des Bundes oder der EU abgegeben werden.

395 Der Föderalismus in Deutschland kann nur mit leistungsfähigen Ländern funktionieren. Neben einer
396 Neuordnung des Länderfinanzausgleichs gilt es, uns für weniger, dafür aber starke Länder einzusetzen.
397

398 Wir wollen, dass alle Länder die Schuldenbremse und den europäischen Fiskalpakt einhalten und einhalten können. Hierzu muss der Bund Befugnisse in der Steuergesetzgebung an die Länder übertragen. Wie sonst sollen hoch verschuldete Länder in Deutschland die Nullverschuldung einhalten können?
401

402 Das ist im Interesse Baden-Württembergs, weil sonst unsere Lasten bei Ausgleichszahlungen noch
403 deutlich höher würden. Ein gestärkter Föderalismus fördert auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der EU.
404

405 **LEITBILD 10: WIR BAUEN MIT AM EUROPÄISCHEN HAUS**

406 Europa, das bedeutet Frieden! Und Deutschland und Baden-Württemberg wären ohne eine Einbindung in die EU heutzutage global nicht mehr wettbewerbsfähig. Deshalb wollen wir am gemeinsamen Europäischen Haus weiterbauen, um Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sichern.
408

409 Von der gemeinsamen Währung hat unser Land in besonderem Maße profitiert. Um den Euro stabil zu halten, brauchen wir eine europäische Stabilitätskultur.
410

411 Der Bürger fragt sich: Was können wir überhaupt noch beeinflussen? Deshalb gelten für uns folgende
412 Bauprinzipien:

413 Die Zuständigkeiten insbesondere für die für die Gesetzgebung müssen nach dem Subsidiaritätsprinzip verteilt werden.
414

415 Den Gesetzgebern in Land und Bund müssen ausreichend eigene Befugnisse erhalten bleiben.

416 Die Konstruktion des Bundesrates ist im Hinblick auf zunehmende Gesetzgebungsbefugnisse der EU und hinsichtlich einer hinreichenden demokratischen Legitimation der Länder-Gesetzgebung neu zu überdenken. Deshalb hat Baden-Württemberg seine Verfassung geändert.
418

419 Entscheidungen, die bei der EU fallen, müssen von Organen getroffen werden, die demokratisch legitimiert sein. Die Entscheidungsfindung dort muss transparent und für jeden Bürger nachvollziehbar
420 sein.
421

422 **IV. WAS IST UNS DABEI WICHTIG?**
423 **VERTRAUEN SCHAFFEN - OFFEN, TRANSPARENT UND**
424 **AUSGLEICHEND WIRKEN**

425 **Für eine bürgernahe Politik.** Unsere repräsentative Demokratie hat sich bewährt; zu ihr stehen
426 wir. Gleichwohl sehen wir schwindendes Vertrauen in Personen und Institutionen des demokrati-
427 schen Staatswesens.

428 Das wichtigste Kapital in der Demokratie ist Vertrauen. Wir wollen intensiv mithelfen, um Glaubwür-
429 digkeit und Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen.

430 Hierzu brauchen wir auch neue Formen der Bürgerbeteiligung, insbesondere bei großen Vorhaben,
431 und eine grundlegende Reform des öffentlichen Planungsrechts in Deutschland. Es muss dialogischer
432 und ergebnisoffener werden, stärker in Alternativen denken und die Lebenswelten der Bürgerinnen
433 und Bürger stärker mit einbeziehen.

434 Die CDU-geführte Landesregierung hat zusammen mit Heiner Geißler zu Stuttgart21 einen „Fakten-
435 check“ und eine „Fachschlichtung“ ins Leben gerufen. Auf diese Weise wurden Versäumnisse bei der
436 Bürgerbeteiligung erfolgreich nachgeholt. In Zukunft muss eine offene und ehrliche Bürgerbeteili-
437 gung am Anfang eines jeden Planungsverfahrens stehen. Etwa bei der Verwirklichung neuer Strom-
438 trassen für erneuerbare Energien sowie z.B. von Wind- und Gaskraftwerken müssen die Investoren
439 aufgefordert werden, den Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe zu führen.

440 Statt elitärer politischer und ökonomischer Entscheidungen und undurchsichtiger bürokratischer
441 Verfahren wollen wir umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger, höchstmögliche Transpa-
442 renz und nachvollziehbare Verfahren.

443 Ein „Faktencheck“ verfolgt das Ziel, ein politisches Projekt zu verbessern und Alternativen aufzuzei-
444 gen, unter denen der Bürger entscheiden kann. Ein Bürgerentscheid kann am Ende des Verfahrens
445 stehen. Bürgerbeteiligung sollte so organisiert sein, dass sie das Verfahren nicht verlängert, sondern
446 im Gegenteil die Verwirklichung des Projekts beschleunigt. Der demokratische Staat muss hand-
447 lungsfähig bleiben.

448 Die Bürger spüren sehr genau, ob sie ernst genommen werden. Partizipation als politische Show oder
449 als Mittel zur Verwirklichung versteckter politischer Absichten (siehe „Filderdialog“) lehnen wir ab.

450 Volksabstimmungen können zu einer besseren Akzeptanz von Vorhaben führen, stoßen aber in Bezug
451 auf eine starke „Politikverflechtung“ (Thomas Ellwein) zwischen den politischen Ebenen in Deutsch-
452 land und Europa an ihre Grenzen. Die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg kannte lange vor
453 anderen Ländern Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Über die Absenkung von Quoren muss sorg-
454 sam – und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern - entschieden werden. Volksabstimmungen
455 können unsere repräsentative Demokratie, die wir erhalten wollen, ergänzen. Dabei muss auch ge-
456 klärt werden, welche Themen einer Volksabstimmung unterworfen werden können.

457 **Nachhaltig Chancen für künftige Generationen eröffnen.** Während die Politik der letzten sechs
458 Jahrzehnte zuerst auf den Wiederaufbau unseres Landes, dann auf die Verteilung des wachsenden

459 Wohlstandes und schließlich auf die Verwirklichung der deutschen und europäischen Einigung ausge-
460 richtet war, liegt die Herausforderung heute darin, für nachfolgende Generationen Chancen und
461 Spielräume zu sichern. Unser Maßstab muss es dabei sein, bei der Lösung der Probleme von heute
462 schon an die Folgen von morgen und übermorgen zu denken. Das konsequente Werben für eine faire
463 Lastenverteilung zwischen den Generationen steht für unser umfassendes Nachhaltigkeitsverständ-
464 nis. Auf diesem Weg können und müssen wir dafür sorgen, dass auch die heutige Generation ver-
465 gleichbare Entwicklungschancen und Perspektiven hat, wie sie frühere hatten.

466 **Schluss mit neuen Schulden.** Eine fortschreitende Verschuldung öffentlicher Haushalte ist ein
467 Raubbau an der Handlungsfähigkeit und damit den Chancen künftiger Generationen und wider-
468 spricht unserem Verständnis von Verantwortungsethik.

469 Deshalb treten wir dafür ein, dass Baden-Württemberg und Deutschland keine neuen Schulden mehr
470 aufnehmen. Gerade jetzt, da die Steuerquellen sprudeln wie nie zuvor, ist ein Haushalt ohne neue
471 Schulden möglich. Wenn wir von allen Ländern in Europa die Einhaltung eines europäischen Fiskal-
472 pakts mit erhobenem Zeigefinger fordern, können wir uns nicht im eigenen Land vor der Verantwor-
473 tung drücken. Wie Bayern und Sachsen sollten wir Spielräume für eine Rückzahlung von Schulden nut-
474 zen.

475 **Ausgewogene Entwicklung in Stadt und Land.** Die CDU ist die Klammer zwischen Stadt und Land,
476 sie hält urbane Metropolen und den ländlichen Raum zusammen. Wir wollen starke Kommunen. Das
477 ist ein Alleinstellungsmerkmal unserer Partei gerade in Baden-Württemberg. Gleichwertige Lebens-
478 verhältnisse in Stadt und Land ermöglichen jedem Bürger die Wahl, wo und wie er leben möchte.

479 Die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Baden-Württemberg, in Stadt und Land
480 muss Verfassungsrang erhalten.

481 Ländliche Räume brauchen eine gute Verkehrsinfrastruktur, Bildungsangebote, schnelles Internet
482 und gesundheitliche Versorgung. Bei teilweise zurückgehenden Einwohnerzahlen ist der ländliche
483 Raum auf eine intelligente Förderung und den wirksamen Ausgleich zwischen Stadt und Land ange-
484 wiesen. Insbesondere brauchen wir auch gute und sichere Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

485 **Ja zum Alter. Demografische Herausforderung annehmen.** Noch nie zuvor haben so viele Men-
486 schen in unserem Land eine so lange Lebenszeit und eine so hohe Lebenserwartung gehabt wie heu-
487 te. Das ist ein Gewinn für den Einzelnen und eine große Chance für unsere Gesellschaft. Die Genera-
488 tionen können länger voneinander lernen und sie gewinnen Lebenszeit, füreinander da zu sein.

489 Wir wollen den Generationenvertrag mit Leben erfüllen. Aus der deutlich längeren Lebensperspekti-
490 ve ergeben sich große Veränderungsnotwendigkeiten für unseren Alltag. Jüngere müssen mehr tun,
491 um im Alter fit zu sein. Ältere müssen den Jüngeren länger beistehen, damit diese den vielfältigen
492 Anforderungen in der „Rush-hour“ des Lebens gerecht werden. In vielen Familien leben heute vier
493 Generationen. Deshalb sind vor allem viele Frauen einer Mehrfachbelastung ausgesetzt: Sie müssen
494 z.B. gleichzeitig für ihre Eltern und ihre Enkel sorgen. Pflege ist meist weiblich. Pflegenden Angehörige
495 müssen besser unterstützt werden.

496 Die Pflege älterer Menschen ist uns wichtig. Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst in ihrer ver-
497 trauten Umgebung bleiben können. Deshalb müssen flexible ambulante und stationäre Angebote vor
498 Ort gefördert werden

499 Damit der Generationenvertrag funktioniert, muss die Lebensarbeitszeit steigen, auch weil wir auf
500 den Erfahrungsschatz der Älteren nicht verzichten können. Deshalb brauchen wir flexible und intelli-
501 gente Lösungen für eine verlängerte Lebensarbeitszeit. Hierfür erforderlich sind: Die Förderung des
502 lebenslangen Lernens; altersgerechte Arbeitsplätze; flexiblere Arbeitszeitregelungen; Ältere besser
503 qualifizieren; berufliche Gesundheitsförderung; mehr Möglichkeiten, länger im Beruf zu bleiben; fle-
504 xiblere Übergänge in den Ruhestand.

505 ***Ehrenamt fördern.*** Das Ehrenamt ist eine wichtige Klammer für unsere Gesellschaft. Im Ehrenamt
506 wird Außergewöhnliches geleistet. Weil die Bürgerinnen und Bürger in Baden, Württemberg und
507 Hohenzollern seit über 150 Jahren besonders ehrenamtlich aktiv sind, ist Baden-Württemberg ein
508 außergewöhnliches Land.

509 Das Ehrenamt ist nicht deshalb bedroht, weil die Bürger sich nicht mehr für Andere engagieren woll-
510 ten. Vielmehr sind es berufliche und familiäre Herausforderungen, die es erforderlich machen, die
511 Strukturen des Ehrenamts teilweise zu verändern.

512 Wir brauchen vielfältige Konzepte, wie gesellschaftliches Engagement und notwendige berufliche
513 Mobilität für Vereine, Initiativen und Verbände zusammengeführt werden können.

514 Wir müssen den Stellenwert des Ehrenamts für eine menschliche und fortschrittliche Gesellschaft
515 herausstreichen und setzen uns deshalb für eine höhere Wertschätzung und Anerkennung ehrenamt-
516 lichen Engagements ein. Das beinhaltet ein Überdenken der jetzigen Höhe von Ehrenamts- und
517 Übungsleiterpauschalen.

518 **V. WAS MÜSSEN WIR DAFÜR TUN?** 519 **ENGAGEMENT, BETEILIGUNG UND MITARBEIT** 520 **IN DER VOLKSPARTEI CDU**

521 ***Wir gehen auf die Bürger zu.*** Wir sehen Bürgerbeteiligung als eine „Holschuld“ der Partei an. Wir
522 gehen auf die Bürgerinnen und Bürger zu und bitten sie um ihre Meinung und ihre Mitwirkung. Uns
523 kommt es darauf an, nicht im eigenen Saft zu schmoren. Stattdessen müssen wir unsere eigene Posi-
524 tion mit anderen Sichtweisen konfrontieren, um so zu jeweils noch besseren Problemlösungen zu
525 kommen.

526 ***Zuhören.*** Die CDU muss da sein, wo sie hören kann, wo den Wähler der Schuh drückt. Viele unse-
527 rer Mitglieder, Funktions- und Mandatsträger sind gleichzeitig ehrenamtlich in Vereinen, Kirchen,
528 Verbänden und Bürgerinitiativen tätig. Diese Verwurzelung ist entscheidend. Die CDU kann diese
529 „Graswurzelarbeit“ aufgrund ihrer landesweiten Präsenz und ihrer Mitgliederstärke noch immer am
530 besten leisten, sie muss diese Aufgabe aber auch wieder entschlossen angehen. Wir alle und vor allem
531 unsere Mandatsträger müssen sich wieder als „Zuhörer“ und „Kümmerer“ etablieren, Gesprächskrei-
532 se aufbauen und auch bereit sein, außerhalb der Partei Verantwortung zu übernehmen. Neben der

533 klassischen Vereins- und Verbandskultur hat sich in vielen Städten und Gemeinden längst ein bunter
534 Strauß an projektbezogenen Initiativen entwickelt. Es muss uns gelingen, Mitglieder dieser Initiativen
535 für die CDU zu interessieren, und wir müssen es schaffen, selbst Initiativen für unsere Anliegen ins
536 Leben zu rufen. In beiderlei Hinsicht haben uns Andere vorgemacht, wie effektive Oppositionsarbeit
537 funktionieren kann.

538 **CDU als Partei interessant machen.** Interessierte Bürger müssen auf Anhieb zu uns finden. Wir
539 wollen stärker Flagge in der Öffentlichkeit zeigen, das Gespräch anbieten und auch außerhalb von
540 Wahlkämpfen mit Ständen und Aktionen präsent sein. Auch im Internet wollen wir bürgernäher und
541 ansprechbarer werden. Jeder soll z.B. über die Eingabe seiner Postleitzahl sofort die Ansprechpartner
542 auf örtlicher Ebene finden können und über interessante Veranstaltungen informiert werden. Es soll-
543 te ein „Motto des Jahres“ ausgegeben werden, das jeweils ein zentrales Anliegen zum Ausdruck
544 bringt.

545 **Vielfältiger Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen.** Der regelmäßige Dialog mit den gesellschaftli-
546 chen Gruppen ist unabdingbar. In den Vorständen soll zu wichtigen Verbänden eine Person benannt
547 werden, die ständigen Kontakt hält. Als Gäste zu Vorstandssitzungen und Versammlungen auf örtli-
548 cher Ebene können Vereinsvorstände und Vertreter aus dem vopolitischen Raum eingeladen wer-
549 den.

550 **Die Mitglieder beteiligen.** Der Ruf nach einer stärkeren Beteiligung der Mitglieder ist deutlich zu
551 hören. Wir wollen ihn ernst nehmen. Aber Beteiligung ist nicht nur eine Holschuld derjenigen, die
552 Verantwortung in Ämtern und Mandaten tragen, sondern auch eine Bringschuld des Einzelnen. Wir
553 wollen den Austausch erleichtern, durch Angebot vor Ort und im Netz. In verstärktem Maße wollen
554 wir auch überlegen, wie wir Elemente der direkten Demokratie innerhalb unserer Partei einführen
555 und umsetzen können.

556 Die CDU-Spitzenkandidatin oder der Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2016 wird in einem Mit-
557 gliederentscheid ermittelt. Ergänzend wollen wir Instrumente schaffen, wie wir schnell und effektiv
558 Meinungsbilder der Mitglieder zu bestimmten Themen erheben können.

559 **Politik von unten nach oben entwickeln.** Auf allen Ebenen soll es zukünftig verstärkt regelmäßige
560 Gelegenheiten zum direkten Austausch mit den Funktions- und Mandatsträgern geben. Mitgliederfo-
561 ren, Gesprächsrunden, Workshops und Werkstattgespräche können eine gute Grundlage bilden, da-
562 mit Stimmungen transportiert und Entscheidungen erklärt werden. Bei diesen Veranstaltungen sollen
563 nicht Berichte und Reden im Mittelpunkt stehen: zuerst sollen immer die Mitglieder das Wort haben.

564 **Parteitage für alle Mitglieder öffnen.** Delegiertenparteitage sind das Abbild der repräsentativen
565 Demokratie. Sie machen Sinn, dort wo es entscheidend auch auf regionale Ausgewogenheit und pro-
566 portionale Vertretung ankommt. Bei thematischen Diskussionen wollen wir zukünftig das Instrument
567 mitgliederoffener Parteitage nutzen. Dies ermöglicht es, allen die sich für ein bestimmtes Thema
568 interessieren oder dort über eine besondere Expertise verfügen, an der Debatte und der Entschei-
569 dungsfindung teilzunehmen.

570 **Vielfältige Anträge zu Parteitag.** Zu allen Parteitagen auf Bezirks- und Landesebene sollen zu-
571 künftig auch engagierte Mitglieder Anträge stellen könne, dazu wollen wir das erforderliche Quorum
572 auf 20 absenken. Anträge sollen auf den Parteitagen jenseits der üblichen Wege auch von Nichtmit-
573 gliedern eingebracht werden können. Hierzu soll eine Internetplattform eingerichtet werden. Dieje-
574 nigen z.B. fünf Anträge mit den meisten Klicks werden auf dem Parteitag zur Abstimmung gestellt.
575 Hierzu ist eine Satzungsänderung notwendig.

576 **Mehr Chancen für Mitglieder bei Delegiertenwahlen.** Es wird den entsendenden Gremien eine Ro-
577 tation empfohlen, damit möglichst alle interessierten Mitglieder die Möglichkeit bekommen, an ei-
578 nem Parteitag teilzunehmen.

579 **Einfachere Strukturen auf örtlicher Ebene ermöglichen.** Für die Ebene der Ortsverbände wollen
580 wir mehr Gestaltungsspielraum bei der Zusammensetzung der Vorstände ermöglichen. Zukünftig
581 sollen in der Satzung nur noch das Amt des Vorsitzenden und des Schatzmeisters verbindlich vorge-
582 schrieben sein. Über weitere Ämter und die Größe des Vorstandes entscheidet die Mitgliederver-
583 sammlung.

584 **Transparente und anregungsoffene Vorstandsarbeit.** Die Tagesordnungen von Landesvorstand,
585 Bezirksvorständen und Kreisvorständen zu allgemeinpolitischen Fragen sollen zukünftig eine Woche
586 vorher ins Netz gestellt werden. Hierzu wird um Meinungen/Anregungen/Ideen gebeten, die dem
587 jeweiligen Vorstand zur Behandlung vorgelegt werden müssen.

588 **Wahlprogramme gemeinsam erarbeiten.** Wahlprogramme sind früher in „Hinterzimmern“ erstellt
589 worden. Methodisch werden sie schon heute in einigen Kreisverbänden nach dem Vorbild der Zu-
590 kunftswerkstatt erstellt: Mitglieder und Bürger werden demnach aufgefordert, Vorschläge und Ideen
591 einzubringen. Veranstaltungen werden für Teamwork genutzt, so kann sich jeder Teilnehmer intensiv
592 einbringen. Damit bleiben politische Programme nah an den Sorgen und Nöten der Menschen.

593 **Offen für neue Mitglieder.** Wir brauchen mehr junge Mitglieder. Dort wo die Mitgliedsbeiträge ein
594 Hinderungsgrund sind, können die Orts- und Kreisverbände Beitragspatenschaften für Studenten
595 und Azubis aktiv anbieten. Verstärkt wollen wir auf Mitbürgerinnen und Mitbürger anderer Herkunft
596 und anderen Glaubens zugehen und sie zum Mitmachen in der CDU einladen. Für alle, die sich nicht
597 sofort zu einer Vollmitgliedschaft in der CDU entscheiden können, wollen wir Gastmitgliedschaften
598 offensiver anbieten. Wir sollten uns vermehrt um unsere Kandidatinnen und Kandidaten kümmern,
599 die nicht gewählt wurden, aber weiter in die Parteiarbeit einbezogen werden sollten. So bleiben sie
600 uns als engagierte potentielle künftige Kandidaten erhalten.

601 **Experten aktivieren.** Expertenrat wollen wir stärker in den Meinungsbildungsprozess einbeziehen.
602 Dazu müssen wir viel stärker als bisher Experten innerhalb der Partei und von außen für unsere Arbeit
603 gewinnen. Es ist dabei an fachliche Expertise genauso zu denken wie an lebensweltliches Fachwissen.

604 Die Fachausschüsse und Arbeitskreise der Partei können dabei besonders auch Organisationen im
605 vorpolitischen Raum einbeziehen.

606 **Ehrenamtliches Engagement ermöglichen.** Berufsbedingt ist es heute leider vielen Mitgliedern
607 nicht mehr möglich, zusätzliche Führungsfunktionen oder Aufgaben auf Dauer zu übernehmen. Neue
608 Modelle zur projektbezogenen Mitarbeit, die ein nur zeitlich begrenztes Engagement zulassen, sollen
609 verwirklicht werden. In Ergänzung fester Strukturen sollen Projektgruppen und zeitlich begrenzte
610 Teams Aufgaben übernehmen.

611 **Bedeutung des Internets erkennen.** Wir sind davon überzeugt, dass das Internet Auslöser und Mo-
612 tor für fundamentale Veränderungen ist. Die Möglichkeiten des Internets werden die Art und Weise,
613 wie wir leben und arbeiten, wie wir kommunizieren und interagieren, grundlegend verändern. The-
614 men der Netzpolitik werden deshalb eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit
615 unseres Landes sein - gesellschaftlich wie ökonomisch und quer über alle Alters- und Gesellschafts-
616 gruppen hinweg. Wir stehen dabei für eine verantwortungsvolle Netzpolitik mit Maß und Mitte, die
617 einen fairen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen in einer pluralistischen Gesell-
618 schaft auch im Internet schafft. Dabei setzen wir darauf, dass die Vielzahl von Nutzerinnen und Nut-
619 zer bereit ist, politische und rechtliche Rahmenbedingungen als richtigen und notwendigen Impuls
620 für eine positive Entwicklung des Internets anzuerkennen.

621 **Chancen des Internets nutzen.** Waren wir noch vor einigen Jahren unter den Parteien im Land Vor-
622 reiter im Internet, so sind es heute immer öfters andere, die die politische Diskussion im Internet
623 bestimmen. Das Geheimnis des Erfolgs sind dabei zumeist nicht die Internetangebote der Parteien
624 selbst, sondern vielmehr die starke Präsenz ihrer Mandatsträger, Mitglieder und Anhänger in sozialen
625 Netzwerken wie Facebook und Twitter sowie ihr dortiges Werben für ihre Partei. Eine solche „Online-
626 kultur“ und damit die Bereitschaft, auch im Internet für die CDU und die eigenen politischen Über-
627 zeugungen einzutreten, gilt es auch unter unseren Mitgliedern und Anhängern stärker zu fördern.
628 Daneben sind unsere Verbände, Funktionsträger und vor allem Abgeordneten aufgefordert, noch
629 wesentlich stärker die Möglichkeiten des Internets zu nutzen. Eine Webseite mit aktuellen Themen
630 und Terminen sowie Newsletter-Angebote sollten mittlerweile auf allen Ebenen eine Selbstverständ-
631 lichkeit sein. Heute gilt es, in den sozialen Netzwerken auf Augenhöhe den unmittelbaren Dialog mit
632 den Menschen zu suchen, Politik verständlich zu erklären und offen für die Positionen der CDU zu
633 werben.

634 **Die interne Netzkommunikation stärken.** Jeder Funktionsträger in Mandat und Vorstand sollte
635 über e-Mail für alle Mitglieder erreichbar sein. Ergänzende virtuelle Angebote (CDU-Wiki) sollen ge-
636 schaffen werden, um z.B. Spezialistenwissen der Mitglieder systematisch erfassen zu können. Eine
637 Projektgruppe „Social Media/Webwerkstatt“ des CDU-Landesverbands kümmert sich speziell um die
638 Aufstellung der Partei im Internet.

639 **Die Mitgliederzeitschrift reformieren.** CDU Intern soll besser genutzt werden, um inhaltliche De-
640 batten besser darzustellen. Insgesamt soll der Informationsfluss in der Partei so gestaltet werden,
641 dass ein Parteimitglied über einen gewissen Informationsvorsprung verfügen kann.

642 **Gutes Ehrenamt braucht professionelle Unterstützung.** Die CDU hat viele engagierte und moti-
643 vierte hauptamtliche Mitarbeiter. Sie unterstützen und ermöglichen eine effektive politische Arbeit
644 im Ehrenamt, indem sie administrative und logistische Aufgaben übernehmen und Beratung und Un-

645 terstützung bieten. Gemeinsam mit den erfahrenen Mitarbeitern wollen wir über eine weitere Pro-
646 fessionalisierung ihrer Arbeit sprechen, moderne Dienstleistungsprozesse entwickeln zeitgemäße
647 Angebote in den Bereichen Weiterbildung und Wissensmanagement schaffen.

648 **VI. WAS BLEIBT OFFEN?** 649 **DIE ZUKUNFTSWERKSTATT GEHT WEITER**

650 **Die Projekt Zukunftswerkstatt ist mit dem Landesparteitag 2012 nicht beendet.** Gemeinsam bau-
651 en wir an einer erneuerten CDU. Die CDU versteht sich als die Partei für die Baden-Württemberger.

652 **Die Aufbruchsstimmung weitertragen.** Die Zukunftswerkstatt hat in der Partei eine Aufbruchs-
653 stimmung ausgelöst. Wenn sich am 21. Juli 2012 der Landesparteitag mit der Zukunftswerkstatt in
654 eingehender Diskussion befasst und den Zukunftsentwurf beschließt, haben wir eine Grundlage für
655 unsere politische Arbeit in den nächsten Jahren auf einem ganz neuen Weg erarbeitet. Diesen Weg,
656 **im Dialog das eigene Programm zu erarbeiten**, wollen wir fortsetzen.

657 **Auf dem Weg zur modernen Bürgerpartei.** Wir stehen auf einem sicheren Wertefundament und
658 einer klaren Grundausrichtung. Darauf aufbauend wollen wir zu einer modernen Bürgerpartei wer-
659 den. Damit haben wir auch in Zukunft die Kraft, zuverlässig Antworten auf wichtige Zukunftsfragen
660 zu geben.

661 **Den Dialogprozess fortsetzen, Glaubwürdigkeit schaffen.** Die Zukunftswerkstatt ist nicht einfach
662 ein Projekt, um wieder an die Regierung zu kommen. Es ist nicht damit getan, etwas aufs Papier zu
663 schreiben und eine Eintagsfliege zu produzieren. Was wir uns vornehmen, müssen wir im politischen
664 Alltag glaubhaft, authentisch und kraftvoll leben und umsetzen.

665 **Offen für grundlegende Strukturveränderungen.** Die CDU wird in den kommenden Jahren vor der
666 Herausforderung stehen, ihre Verbands-, Gliederungs- und Organisationsstrukturen immer wieder zu
667 überprüfen und weiterzuentwickeln. Alleine entlang der bestehenden Altersstruktur unserer Partei
668 wird die Zahl der Mitglieder, der Aktiven, der Beitragszahler und derjenigen, die bereit sind, Funktio-
669nen zu übernehmen, abnehmen. Dabei stellen sich Fragen zur Organisation der Arbeit vor Ort genau-
670so wie weitere Fragen zur zukünftigen Finanzierung unserer Arbeit. Auch Fragen, mit welchen Aufga-
671ben die Bezirksverbände im Land weiterarbeiten, wurden im Rahmen der Zukunftswerkstatt immer
672wieder aufgeworfen. Wir wollen diese Diskussionen ergebnisoffen und ehrlich führen. Aber wir müs-
673sen sie führen, um unsere Partei zukunfts- und kampagnenfähig aufzustellen.

674 **Die Arbeit geht weiter.** Die Projektgruppe Zukunftswerkstatt wird – wie vielfach verlangt - ihre
675 Arbeit fortsetzen und den Erneuerungsprozess der CDU begleiten, fördern und ausbauen.

- 676
- 677 • Wir nehmen uns vor, über die Diskussion unserer Werte Antworten auf gesellschaftliche,
ökonomische und technische Zukunftsfragen zu finden.
 - 678 • Wir wollen deshalb die breite Wertediskussion in der Partei fortsetzen.
 - 679 • Dabei muss beispielsweise die Diskussion über geeignete Maßnahmen zur Unterstützung von
680 Familien fortgesetzt werden.

- 681
- Wir wollen eine breite Diskussion über Chancen und Risiken der Gentechnologie.

682 **Netzwerke schaffen, Themen aufspüren.** Wir sind es, die breit verankert sind. Deshalb können wir
683 besonders gut Themen aufspüren, die die Menschen bewegen. Dabei wollen wir unsere Netzwerke zu
684 anderen gesellschaftlichen Gruppen verstärken und neu knüpfen.

685 **Zukunftswerkstatt Baden-Württemberg.** Aus der „Zukunftswerkstatt CDU Baden-Württemberg
686 muss die „Zukunftswerkstatt Baden-Württemberg“ der CDU werden. Wir diskutieren in den Kreis-
687 und Ortsverbänden gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern und Experten von inner-
688 halb und außerhalb der CDU die Zukunftsthemen für das Land.

689 Daneben müssen wir auf Landesebene wichtige gesellschaftliche Fragen mit anderen gesellschaftli-
690 chen Akteuren diskutieren. Auch aus der Opposition heraus kann man etwas bewegen und zum Fort-
691 kommen des Landes beitragen. Auf unserer Tagesordnung stehen folgende Diskussionen:

- 692
- Dialog mit den Spitzen der baden-württembergischen Wirtschaft über eine neue Kultur für die Familie und über die Frage, wie mehr Frauen in Führungsfunktion kommen können.
 - Dialog über die Ziele und Leitbilder für qualitatives Wachstum. Diesen Dialog müssen wir mit der Wissenschaft und der Wirtschaft gemeinsam führen.
 - Dialog mit den muslimischen Glaubensgemeinschaften zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses.
- 693
694
695
696
697

698 **Mit Optimismus gehen wir's an - Für unser Land.** Baden-Württemberg ist Spitze. Mit Optimismus
699 und Zuversicht wollen wir in der CDU arbeiten, um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen,
700 Glaubwürdigkeit zu schaffen und damit auch in Zukunft den Auftrag unserer Wählerinnen und Wäh-
701 ler zu erfüllen und das uns Mögliche tun, um unser Land und unsere Heimat voranzubringen.